

## VERTALING

N. 2000 — 2589 (2000 — 1715)

[C — 2000/29371]

**5 JULI 2000.** — Decreet tot wijziging van het decreet van 24 juli 1997 dat de prioritare taken bepaalt van het basisonderwijs en van het secundair onderwijs en de structuren organiseert die het mogelijk maken ze uit te voeren. — Erratum

In het *Belgisch Staatsblad* van 25 juli 2000, blz 25451, dient de Franstalige tekst van artikel 4 vervangen te worden door de volgende tekst :

« **Art. 4.** Dans l'article 93, alinéa 2, du même décret, les mots « plus de quarante demi-jours d'absence injustifiée » sont remplacés par « plus de vingt demi-jours d'absence injustifiée ».

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

D. 2000 — 2590

[C — 2000/33076]

**26. JUNI 2000** — Dekret zur Schaffung eines Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft (1)

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

**Artikel 1** - Es wird ein "Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft" geschaffen, nachfolgend "Rat" genannt, dem die Rechtspersönlichkeit verliehen wird.

Der Rat hat seinen Sitz in Eupen.

**Art. 2** - Der Rat hat als Aufgaben:

1. die Entwicklung der Ausbildung und Beschäftigung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu untersuchen;
2. aus eigener Initiative oder auf Anfrage der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, nachfolgend "Regierung" genannt, Gutachten zu Fragen der Ausbildung oder Beschäftigung zu erstellen;
3. aus eigener Initiative oder auf Anfrage der Regierung Gutachten zu Erlassentwürfen sowie zu Dekretentwürfen und -vorschlägen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu erstellen, die Ausbildungs- und Beschäftigungsangelegenheiten betreffen;
4. in Erwägung der vorgenannten Untersuchungen und Gutachten Handlungsempfehlungen zu formulieren.

Die Regierung informiert den Rat über ihre Initiativen sowie über ihre Dekret- und Erlassentwürfe in den Bereichen Ausbildung und Beschäftigung.

**Art. 3** - Die Untersuchungen, Gutachten und Handlungsempfehlungen des Rates greifen insbesondere Aspekte der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, der Sozialkonzertierung, des Unterrichtswesens, des technologischen Wandels einschließlich der Neuen Medien, der nationalen und internationalen Politik, der Sozialpolitik und der umweltgerechten nachhaltigen Entwicklung auf, wenn diese für die Entwicklung der Ausbildung und Beschäftigung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft von Bedeutung sind.

Zu diesem Zweck kann der Rat mit privaten oder öffentlichen Einrichtungen oder Organisationen Rücksprache halten oder eine Zusammenarbeit vereinbaren.

*KAPITEL II. — Zusammensetzung*

**Art. 4** - § 1. Der Rat setzt sich zusammen aus:

1. einem Präsidenten;
2. sieben Mitgliedern, die die repräsentativen Arbeitgeberorganisationen vertreten und von denen eines Vizepräsident ist;
3. sieben Mitgliedern, die die repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen vertreten und von denen eines Vizepräsident ist.

Stimmberechtigt sind die unter den Nrn. 2 und 3 aufgeführten Mitglieder.

§ 2. Die Mitglieder des Rates müssen die deutsche Sprache beherrschen. Von den stimmberechtigten Mitgliedern darf nicht mehr als die Hälfte gleichen Geschlechts sein.

Für die erste Amtsperiode des Rates dürfen in Abweichung von Absatz 1 nicht mehr als 9 stimmberechtigte Mitglieder gleichen Geschlechts sein.

§ 3. Auf Einladung des Rates können Sachverständige mit beratender Stimme punktuell zu Sitzungen des Rates hinzugezogen werden.

§ 4. Ein ständiger Vertreter der Regierung nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Rates teil. Auf Antrag der Mehrheit der unter Paragraph 1 Nr. 2 oder der Mehrheit der unter Paragraph 1 Nr. 3 erwähnten Mitglieder kann der Rat ohne den ständigen Vertreter der Regierung gültig zusammentreten.

**Art. 5** - § 1. Der Präsident des Rates wird von der Mehrheit der in Artikel 4 § 1 Nr. 2 erwähnten Mitglieder und der Mehrheit der in Artikel 4 § 1 Nr. 3 erwähnten Mitglieder vorgeschlagen und von der Regierung ernannt. Sollte zwei Monate nach Einsetzung des Rates kein gemeinsamer Vorschlag zur Bezeichnung des Präsidenten vorliegen, so ernennt die Regierung den Präsidenten.

§ 2. Die Vizepräsidenten des Rates, die einstimmig jeweils von den repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen und den repräsentativen Arbeitgeberorganisationen vorgeschlagen werden, werden vom Rat bezeichnet.

§ 3. Die Regierung ernennt die stimmberechtigten Mitglieder des Rates aus doppelten Listen, in denen die repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen beziehungsweise die repräsentativen Arbeitgeberorganisationen ihre Kandidaten vorschlagen. Liegt kein gemeinsamer Vorschlag der jeweils vorschlagsberechtigten Organisationen vor, trifft die Regierung ihre Wahl aus den einzeln eingegangenen Vorschlägen.

§ 4. Die in Paragraph 3 erwähnten Vorschläge müssen innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach der schriftlichen Aufforderung der Regierung zur Bezeichnung der Kandidaten eingereicht werden.

§ 5. Die in Paragraph 3 erwähnten doppelten Vorschlagslisten enthalten für jeden Kandidatenvorschlag jeweils einen Mann und eine Frau.

§ 6. Die Mitglieder des Rates sind für eine Dauer von fünf Jahren ernannt. Ihr Mandat kann erneuert werden.

Das Mandat der Mitglieder des Rates endet mit dem Ableben, dem freiwilligen Rücktritt, dem Entzug der bürgerlichen oder politischen Rechte oder dem Verlust des Mandats der vorschlagsberechtigten Organisation.

Wird ein Mandat im Rat frei, so ernennt die Regierung innerhalb von drei Monaten ein neues Mitglied gemäß vorerwähntem Verfahren. Das neu ernannte Mitglied führt das Mandat seines Vorgängers zu Ende.

### KAPITEL III. — *Arbeitsweise*

**Art. 6** - Der Rat gibt sich eine Geschäftsordnung, die insbesondere folgende Aspekte regelt:

1. die Häufigkeit der Sitzungen;
2. die Regeln bezüglich der Einberufung des Rates und bezüglich der Eintragung der Punkte in die Tagesordnung;
3. die Regeln bezüglich des Vorsitzes der Ratssitzungen;
4. die Regeln zur Übertragung von Befugnissen an Rats- oder Personalmitglieder;
5. die Regeln zur Einsetzung von Arbeitsgruppen und deren Funktionsweisen.

Die Geschäftsordnung wird der Regierung zur Billigung vorgelegt.

**Art. 7** - Der Rat ist nur beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Ungeachtet der Anzahl anwesender stimmberechtigter Mitglieder kann er gültige Beschlüsse zu Punkten fassen, die zum zweiten Mal zur Tagesordnung stehen.

Die Beschlüsse des Rates werden mit absoluter Stimmenmehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Wenn bei einer ersten Abstimmung keine absolute Stimmenmehrheit zustande kommt, kann der Beschluss auf einer Sitzung, die wenigstens 14 Tage nach der ersten Abstimmung stattfindet, mit relativer Mehrheit gefasst werden. Sollte sich dabei eine Stimmgleichheit ergeben, so gilt der Vorschlag als abgelehnt.

**Art. 8** - Der Rat erstellt jährlich einen Tätigkeitsbericht, der eine Bewertung der durchgeführten Aktivitäten umfasst.

Der Tätigkeitsbericht eines Jahres wird vor Ablauf des ersten Trimesters des darauf folgenden Jahres der Regierung zur Kenntnisnahme übermittelt.

Die Regierung hinterlegt den Tätigkeitsbericht innerhalb eines Monats beim Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

### KAPITEL IV. — *Haushalt, Finanzen und Personal*

**Art. 9** - Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben verfügt der Rat über die zu diesem Zweck im Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Mittel.

Der Rat darf Schenkungen und Legate annehmen und jede andere nichtkommerzielle Einnahme erhalten.

**Art. 10** - Die Regierung legt die Modalitäten zur Erstellung des Haushaltsplans sowie zur Gewährung und Kontrolle der finanziellen Mittel fest.

**Art. 11** - Der Rat stellt jährlich einen Haushaltsplan auf, der der Regierung zur Billigung vorgelegt wird.

Der Haushaltsplan eines Jahres wird vor Ablauf des dritten Trimesters des vorhergehenden Jahres bei der Regierung eingereicht, die binnen dreißig Tagen Stellung bezieht. Erfolgt keine Stellungnahme der Regierung in dieser Frist, so gilt der Haushaltsplan als gebilligt.

Nach der Billigung übermittelt die Regierung den Haushaltsplan innerhalb eines Monats zur Kenntnisnahme an den Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

**Art. 12** - Die finanziellen Mittel können für Personal-, Funktions-, Dienstleistungs- und Infrastrukturkosten gewährt werden.

**Art. 13** - Die Regierung legt den Betrag der Entschädigung en und Anwesenheitsgelder fest, die dem Präsidenten und den Mitgliedern des Rates sowie den Sachverständigen zu Lasten des Haushaltes des Rates gewährt werden.

**Art. 14** - Der Rat legt alle Regeln in Bezug auf das Personal fest.

### KAPITEL V. — *Übergangsbestimmung und Inkrafttreten*

**Art. 15** - Der Rat übernimmt die Güter, Rechte, Lasten und Pflichten des Subregionalen Ausschusses für Arbeitsbeschaffung und Ausbildung in Sankt Vith einschließlich der Arbeitsverträge von dessen Personal.

**Art. 16** - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Juli 2000 in Kraft.

Gegeben zu Eupen, den 26. Juni 2000

Der Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport,  
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus,  
B. GENTGES

Der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales,  
H. NIESSEN

—  
Fussnote

Sitzungsperiode 1999-2000.

*Dokumente des Rates* : 34 (1999-2000) Nr. 1 Dekretvorschlag.

34 (1999-2000) Nr. 2-5 Abänderungsvorschläge.

34 (1999-2000) Nr. 6 Bericht.

34 (1999-2000) Nr. 7-8 Abänderungsvorschläge zu dem vom Ausschuss angenommenen Text.

*Ausführlicher Bericht* : Diskussion und Abstimmung. Sitzung vom 26. Juni 2000.

—  
TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2000 — 2590 I

[C – 2000/33076]

**26 JUIN 2000. — Décret portant création d'un Conseil économique et social de la Communauté germanophone**

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

**Article 1<sup>er</sup>.** Il est créé un « Conseil économique et social de la Communauté germanophone » doté de la personnalité juridique, ci-après dénommé « Conseil ».

Le Conseil a son siège à Eupen.

**Art. 2.** Le Conseil a pour mission :

1° d'examiner l'évolution en matière de formation et d'emploi en Communauté germanophone;

2° d'émettre, de sa propre initiative ou à la demande du Gouvernement de la Communauté germanophone, ci-après dénommé « Gouvernement », des avis en matière de formation ou d'emploi;

3° d'émettre, de sa propre initiative ou à la demande du Gouvernement, des avis quant à des projets d'arrêtés et des projets et propositions de décrets de la Communauté germanophone relatifs à l'emploi et à la formation;

4° de formuler des recommandations en se basant sur les examens et avis susmentionnés.

Le Gouvernement fait part au Conseil de ses initiatives ainsi que de ses projets de décrets et d'arrêtés en matière d'emploi et de formation.

**Art. 3.** Les examens, avis et recommandations du Conseil portent notamment sur des aspects ayant trait à la politique de l'emploi et la politique économique, à la concertation sociale, l'enseignement, la révolution technologique y compris les nouveaux médias, la politique nationale et internationale, la politique sociale et au développement durable, lorsque ces aspects revêtent une grande importance pour le développement de la formation et de l'emploi en Communauté germanophone.

À cette fin, le Conseil peut entretenir des contacts avec des institutions ou organisations privées ou publiques ou décider de collaborer avec elles.

CHAPITRE II. — *Composition*

**Art. 4.** Article 4. § 1<sup>er</sup>. Le Conseil se compose :

1° d'un président;

2° de sept membres représentant les organisations représentatives des employeurs, dont un est vice-président;

3° de sept membres représentant les organisations représentatives des travailleurs, dont un est vice-président.

Les membres énumérés aux points 2 et 3 ont voix délibérative.

§ 2. Les membres du Conseil doivent maîtriser la langue allemande. La moitié des membres ayant voix délibérative au plus peuvent être du même sexe.

Par dérogation au premier alinéa, 9 membres ayant voix délibérative au plus peuvent être du même sexe pour le premier mandat du Conseil.

§ 3. Le Conseil peut inviter des experts à participer à ses réunions de manière ponctuelle et avec voix consultative.

§ 4. Un représentant permanent du Gouvernement participe aux réunions du Conseil avec voix consultative. À la demande de la majorité des membres mentionnés au § 1<sup>er</sup>, 2° ou de la majorité des membres mentionnés au § 1<sup>er</sup>, 3°, le Conseil peut se réunir valablement sans que le représentant permanent du Gouvernement soit présent.

**Art. 5.** § 1<sup>er</sup>. Le président du Conseil est proposé par la majorité des membres mentionnés à l'article 4, § 1<sup>er</sup>, 2° et à l'article 4, § 1<sup>er</sup>, 3° et nommé par le Gouvernement. Si, dans les deux mois suivant la création du Conseil, aucun acte de présentation commun n'est introduit, le président est nommé par le Gouvernement.

§ 2. Les vice-présidents du Conseil, proposés à l'unanimité par les organisations représentatives des travailleurs et les organisations représentatives des employeurs, sont désignés par le Conseil.

§ 3. Le Gouvernement nomme les membres du Conseil ayant voix délibérative à partir de listes doubles reprenant les candidats proposés par les organisations représentatives des travailleurs et des employeurs. Si aucun acte de présentation commun n'est remis par les organisations habilitées à présenter des candidats, le Gouvernement fait son choix parmi les différents actes de présentation.

§ 4. Les actes de présentation visés au § 3 doivent être introduits dans les deux mois suivant l'invitation écrite du Gouvernement en vue de la désignation des candidats.

§ 5. Les listes doubles visées au § 3 comprennent un homme et une femme par acte de présentation.

§ 6. Les membres du Conseil sont nommés pour cinq ans. Leur mandat est renouvelable.

Le mandat de membre du Conseil prend fin en cas de décès, de démission volontaire, de déchéance des droits civils et politiques et de perte du mandat de l'organisation habilitée à présenter des candidats.

Si un mandat devient vacant au Conseil, le Gouvernement nomme, dans les trois mois, un nouveau membre conformément à la procédure susvisée. Le nouveau membre du Conseil achève le mandat de son prédécesseur.

#### CHAPITRE III. — *Fonctionnement*

**Art. 6.** Le Conseil établit son règlement intérieur qui règle en particulier les aspects suivants :

1° la périodicité des réunions;

2° les règles concernant la convocation du Conseil et l'inscription des points à l'ordre du jour;

3° les règles relatives à la présidence des réunions du Conseil;

4° les règles relatives à la délégation de pouvoirs aux membres du personnel ou du Conseil;

5° les règles relatives à l'organisation de groupes de travail et à leur fonctionnement.

Le règlement intérieur est soumis pour approbation au Gouvernement.

**Art. 7.** Le Conseil ne peut délibérer valablement que si plus de la moitié des membres ayant voix délibérative est présente. Quel que soit le nombre de membres avec voix délibérative présents, il peut prendre des décisions valables sur les points inscrits pour la deuxième fois à l'ordre du jour.

Les décisions du Conseil sont prises à la majorité absolue des suffrages exprimés. Si la majorité absolue n'est pas atteinte lors du premier tour de scrutin, la décision peut être prise à la majorité relative lors d'une réunion ayant lieu au moins 14 jours après le premier scrutin. En cas de parité des voix lors de cette réunion, la proposition est censée être rejetée.

**Art. 8.** Le Conseil établit annuellement un rapport d'activités comprenant une évaluation des activités réalisées.

Le rapport d'activités d'une année est porté à la connaissance du Gouvernement avant l'expiration du premier trimestre de l'année suivante.

Dans un délai d'un mois, le Gouvernement dépose le rapport d'activités auprès du Conseil de la Communauté germanophone.

#### CHAPITRE IV. — *Budget, finances et personnel*

**Art. 9.** Pour remplir ses missions, le Conseil dispose des crédits inscrits à cette fin au budget de la Communauté germanophone.

Le Conseil peut accepter des dons et legs ou enregistrer toute autre recette non commerciale.

**Art. 10.** Le Gouvernement fixe les modalités relatives à l'élaboration du budget et à l'octroi et au contrôle des crédits budgétaires.

**Art. 11.** Le Conseil établit annuellement un budget qui est soumis à l'approbation du Gouvernement.

Le budget d'une année doit être introduit avant l'expiration du troisième trimestre de l'année précédente auprès du Gouvernement, lequel rend un avis dans les trente jours. Si le Gouvernement ne rend pas d'avis dans ce délai, le budget est réputé approuvé.

Après avoir donné son approbation, le Gouvernement porte le budget à la connaissance du Conseil de la Communauté germanophone dans un délai d'un mois.

**Art. 12.** Les crédits budgétaires peuvent être octroyés pour couvrir des frais de personnel, de fonctionnement, de prestations et d'infrastructure.

**Art. 13.** Le Gouvernement fixe le montant de l'indemnité et des jetons de présence octroyés à charge du budget du Conseil au président et aux membres du Conseil ainsi qu'aux experts.

**Art. 14.** Le Conseil fixe toutes les règles relatives au personnel.

#### CHAPITRE V. — *Disposition transitoire et entrée en vigueur*

**Art. 15.** Le Conseil reprend les biens, droits, charges et obligations du Comité subrégional de l'emploi et de la formation de Saint-Vith y compris les contrats de travail de son personnel.

**Art. 16.** Le présent décret entre en vigueur le 1<sup>er</sup> juillet 2000.

Donné à Eupen le 26 juin 2000.

Le Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone, Ministre de l'Emploi,  
de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,

K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme,  
B. GENTGES

Le Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales,

H. NIESSEN

## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2000 — 2590

[C — 2000/33076]

**26 JUNI 2000. — Decreet houdende oprichting van een Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap**

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

**Artikel 1.** Er wordt een « Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap » met rechtspersoonlijkheid opgericht, hierna « Raad » genoemd.

De Raad is in Eupen gevestigd.

**Art. 2.** De Raad heeft als opdracht :

1° de ontwikkeling op het gebied van de opleiding en de arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap te onderzoeken;

2° op eigen initiatief of op verzoek van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, hierna «Regering» genoemd, adviezen qua opleiding en arbeidsbemiddeling uit te brengen;

3° op eigen initiatief of op verzoek van de Regering adviezen uit te brengen m.b.t. ontwerpen van besluiten en tot ontwerpen of voorstellen van decreten van de Duitstalige Gemeenschap die de opleiding en de arbeidsbemiddeling betreffen;

4° op grond van de voormelde onderzoeken en adviezen, aanbevelingen te formuleren.

De Regering informeert de Raad over haar initiatieven en haar ontwerpen van decreten en besluiten inzake opleiding en arbeidsbemiddeling.

**Art. 3.** De onderzoeken, adviezen en aanbevelingen van de Raad betreffen in het bijzonder aspecten i.v.m. het beleid inzake arbeidsmarkt en economie, het sociaal overleg, het onderwijs, de technologische ontwikkeling met inbegrip van de nieuwe media, het nationaal en internationaal beleid, de sociale politiek en de duurzame ontwikkeling, indien deze aspecten van groot belang zijn voor de ontwikkeling van de opleiding en de arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap.

Te dien einde kan de Raad met privé of openbare inrichtingen of organisaties overleg plegen of samenwerken.

HOOFDSTUK II. — *Samenstelling*

**Art. 4. § 1.** De Raad bestaat uit :

1° één voorzitter;

2° zeven leden die de representatieve werkgeversorganisaties vertegenwoordigen, onder wie één ondervoorzitter is;

3° zeven leden die de representatieve werknemersorganisaties vertegenwoordigen, onder wie één ondervoorzitter is.

Stemgerechtigd zijn de onder punten 2 en 3 vermelde leden.

§ 2. De leden van de Raad moeten de Duitse taal machtig zijn. Ten hoogste de helft van de stemgerechtigde leden mogen van hetzelfde geslacht zijn.

Voor de eerste zittingsperiode van de Raad mogen, in afwijking van lid 1, ten hoogste 9 stemgerechtigde leden van hetzelfde geslacht zijn.

§ 3. De Raad kan deskundigen uitnodigen voor bepaalde punten zijn zittingen met raadgevende stem bij te wonen.

§ 4. Een vaste vertegenwoordiger van de Regering woont de zittingen van de Raad met raadgevende stem bij. Op verzoek van de meerderheid van de in § 1, 2° of § 1, 3° vermelde leden kan de Raad zonder de vaste vertegenwoordiger van de Regering geldig vergaderen.

**Art. 5. § 1.** De voorzitter van de Raad wordt door de meerderheid van de in artikel 4, § 1, 2° en artikel 4, § 1, 3° vermelde leden voorgesteld en door de Regering benoemd. Wordt twee maanden na de oprichting van de Raad geen gemeenschappelijke voordracht ingediend, dan wordt de voorzitter door de Regering benoemd.

§ 2. De ondervoorzitters van de Raad die met eenparigheid van stemmen door de representatieve werkgevers- en werknemersorganisaties voorgesteld zijn, worden door de Raad aangewezen.

§ 3. De Regering benoemt de stemgerechtigde leden van de Raad uit dubbele lijsten waarin de representatieve werknemers- en werkgeversorganisaties hun kandidaten voorstellen. Is er geen gezamenlijke voordracht van de verschillende organisaties die kandidaten mogen voordragen, dan kiest de Regering tussen de individuele voordrachten.

§ 4. Binnen een termijn van twee maanden na het schriftelijk verzoek moeten de voordrachten bedoeld in § 3 bij de Regering ter aanwijzing van de kandidaten ingediend worden.

§ 5. Op de in § 3 bedoelde dubbele kandidatenlijsten worden per akte van voordracht telkens een man en een vrouw opgenomen.

§ 6. De leden van de Raad worden voor vijf jaar benoemd. Hun mandaat kan hernieuwd worden.

Het mandaat van de leden van de Raad eindigt door overlijden, vrijwillig ontslag, verval van de burgerlijke of politieke rechten, verlies van het mandaat van de organisatie die kandidaten mag voordragen.

Wordt een mandaat van de Raad vacant, dan benoemt de Regering binnen de drie maanden een nieuw lid overeenkomstig voormelde procedure. Het nieuwe lid van de Raad voltooit het mandaat van zijn voorganger.

HOOFDSTUK III. — *Werking*

**Art. 6.** De Raad stelt zijn huishoudelijk reglement op dat in het bijzonder volgende aspecten regelt :

1° de frequentie van de zittingen;

2° de regelen i.v.m. de bijeenroeping van de Raad en de inschrijving van de punten op de agenda;

3° de regelen i.v.m. het voorzitterschap van de zittingen van de Raad;

4° de regelen i.v.m. de overdracht van bevoegdheden aan de leden van de Raad of aan personeelsleden.

5° de regelen i.v.m. het oprichten van werkgroepen en met hun werking.

Het huishoudelijk reglement wordt de Regering ter goedkeuring voorgelegd.

**Art. 7.** De Raad mag slechts een besluit nemen als meer dan de helft van de stemgerechtigde leden aanwezig zijn. Welke ook het aantal aanwezige stemgerechtigde leden moge zijn, kan de Raad geldige besluiten nemen m.b.t. punten die voor de tweede keer op de agenda staan.

De besluiten van de Raad worden bij volstreekte meerderheid van de uitgebrachte stemmen genomen. Wordt bij de eerste stemming geen volstreekte meerderheid bereikt, dan kan het besluit bij relatieve meerderheid genomen worden tijdens een zitting die ten minste 14 dagen na de eerste stemming plaatsvindt. Bij staking van stemmen wordt het voorstel als verworpen beschouwd.

**Art. 8.** De Raad stelt jaarlijks een activiteitenverslag op dat een evaluatie van de uitgevoerde activiteiten omvat.

Het activiteitenverslag van een jaar wordt vóór het verstrijken van het eerste trimester van het daaropvolgende jaar ter kennis van de Regering gebracht.

Binnen één maand legt de Regering het activiteitenverslag neer bij de Raad van de Duitstalige Gemeenschap.

#### HOOFDSTUK IV. — *Begroting, financiën en personeel*

**Art. 9.** Om zijn opdrachten te vervullen beschikt de Raad over de middelen die te dien einde/daarvoor in de begroting ingeschreven zijn.

De Raad mag giften en legaten aanvaarden alsmede alle niet-commerciële ontvangsten boeken.

**Art. 10.** De Regering legt de modaliteiten vast m.b.t. het opmaken van de begroting, de toekenning en de controle van de begrotingsmiddelen.

**Art. 11.** De Raad maakt jaarlijks een begroting op die de Regering ter goedkeuring wordt voorgelegd.

De begroting van een jaar wordt vóór het verstrijken van het derde trimester van het voorafgaande jaar bij de Regering ingediend, die binnen dertig dagen een advies uitbrengt. Brengt de Regering geen advies uit binnen deze termijn, dan wordt de begroting geacht goedgekeurd te zijn.

Na goedkeuring geeft de Regering de begroting binnen één maand ter kennis van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap.

**Art. 12.** De begrotingsmiddelen kunnen toegekend worden om personeels- en werkingskosten, alsmede om kosten m.b.t. prestaties en infrastructuur te dekken.

**Art. 13.** De Regering bepaalt het bedrag van de vergoeding en van het presentiegeld die de voorzitter en de leden van de Raad alsmede de deskundigen ten laste van de begroting van de Raad toegekend worden.

**Art. 14.** De Raad legt alle regels vast m.b.t. het personeel.

#### HOOFDSTUK V. — *Overgangsbepaling en inwerkingtreding*

**Art. 15.** De Raad neemt de goederen, rechten, lasten en plichten van het Subregionaal comité voor arbeidsbemiddeling en vorming te Sankt-Vith over, met inbegrip van de arbeidsovereenkomsten van het personeel.

**Art. 16.** Dit decreet treedt in werking op 1 juli 2000.

Gegeven te Eupen op 26 juni 2000.

De Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,  
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme,  
B. GENTGES

De Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,  
H. NIESSEN



D. 2000 — 2591

[C — 2000/33075]

### 7. JULI 2000 — *Erlaß der Regierung über den Radrennsport*

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekretes vom 21. Dezember 1987 zur Festlegung des Mindestalters der Teilnehmer an Radrennen, abgeändert durch das Programmdekret vom 29. Juni 1998;

Aufgrund des Beschlusses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 17. Juli 1998 über den Antrag auf Begutachtung durch den Staatsrat innerhalb einer Frist von höchstens einem Monat;

Aufgrund des Gutachtens des Staatsrates, das am 8. Februar 2000 in Anwendung von Artikel 84 Absatz 1 Nr.1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Minister-Präsidenten, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport,  
Nach Beratung,

Beschließt:

#### KAPITEL I — *Allgemeine Bestimmungen*

**Artikel 1** - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Radrennen: organisierte Radsportveranstaltung, die ausschließlich Wettkampfcharakter hat;
2. Radsportprüfung: organisierte Radsportveranstaltung mit erzieherischem Charakter, die nicht ausschließlich Wettkampfcharakter hat;
3. Verband: der belgische Radsportverband